Betriebe in Berlin und Brandenburg fürchten schwierigen Winter

06.11.23 | Berlin

Betriebe in Berlin und Brandenburg fürchten schwierigen Winter

UVB-Herbstumfrage zur Konjunktur zeigt kaum Optimismus in den Branchen - Wirtschaft und Handel fordern weniger Bürokratie und schnellere Ämter

Die Unternehmen in Berlin und Brandenburg befürchten, dass sie auch in den Wintermonaten das Konjunkturtal nicht verlassen werden. Mehr als jede zweite Branche geht davon aus, dass sich die Lage in den kommenden sechs Monaten weiter verschlechtert. Dabei stuft schon jetzt die Hälfte aller Wirtschaftszweige die aktuelle Situation als „schlecht“ oder „eher schlecht“ ein.

Das ist das Ergebnis der Herbstumfrage der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) bei ihren Mitgliedern, die die Organisation am Dienstag vorgestellt hat.

„Die Betriebe haben es mit einer Fülle von Krisen zu tun. Kaum eine Branche sieht echte Lichtblicke. Von einem echten Aufschwung sind wir meilenweit entfernt.“ So lautete das Fazit von UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp. „Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind seit Monaten

verunsichert und halten sich beim Konsum zurück. Die Planungen unserer Firmen für die kommenden Monate sind daher sehr zurückhaltend“, befand Wolfgang Kampmeier, Vize-Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Berlin-Brandenburg (HBB).

Fast jede zweite Branche stuft die aktuelle Lage als "schlecht" oder "eher schlecht" ein. Nicht einmal jede fünfte hält sie für "gut".

Unter den 60 UVB-Mitgliedsverbänden gaben allein die der Bauwirtschaft nahestehenden Gewerke an, derzeit noch mit der Auftragslage zufrieden zu sein. Allerdings geht man auch hier angesichts der großen Probleme in der Bauwirtschaft von schwierigeren Zeiten aus.

Insgesamt erwarten zwei von drei Branchen sinkende Aufträge in den kommenden sechs Monaten. Allerdings wollen in der Folge nur 40 Prozent ihre Investitionen zurückfahren.

Als drängendste Probleme gaben die Branchenverbände die aufwändige Bürokratie und lange Genehmigungsverfahren, den Fachkräftemangel und die schwache Nachfrage an. „Zusammen mit der noch immer hohen Inflation, den gestiegenen Zinsen und der schwierigen geopolitischen Lage haben es die Firmen mit einem schwer bekömmlichen Cocktail zu tun“, analysierte UVB-Chef Schirp.

Die Mehrheit der Branchen rechnet mit einer schwierigeren Entwicklung in den kommenden Monaten. Einen Aufwärtstrend sieht keiner der befragten Wirtschaftszweige.

Die Erwartungen der UVB für das Wirtschaftswachstum seien daher recht gedämpft. Berlin werde in diesem Jahr um die Nulllinie stagnieren und im kommenden Jahr kaum über ein Plus beim Bruttoinlandsprodukt von einem Prozent hinauskommen. Brandenburg werde in diesem Jahr rund drei Prozent schaffen und im nächsten Jahr etwa zwei Prozent. „Das bedeutet weiter einen Spitzenplatz im Bundesländer-Vergleich“, erwartet Schirp.

Von der Politik erwarten die UVB-Mitgliedsverbände entschlossenes Handeln. Ihre wichtigsten Forderungen sind ein konsequenter Bürokratieabbau und schnellere Verfahren in den Behörden.

Ein einfacheres Vergaberecht bei öffentlichen Aufträgen und ein Belastungsmoratorium in Sachen Bürokratie stehen ebenfalls ganz oben auf dem Zettel. „Die Regel „One in, one out“ bei neuen Gesetzen hat nie wirklich funktioniert“, monierte Schirp. „Wir schlagen darum die Regel „One in, two out“ vor – für jedes neue Gesetz werden zwei bisherige gestrichen. Sonst raubt die Bürokratie der Wirtschaft bald jede Luft zum Atmen.“

Ergänzend dazu könne ein Normenkontrollrat auf Länder-Ebene helfen, Bürokratie zu reduzieren. In anderen Bundesländern gebe es ein solches Gremium bereits. „Das Ziel müsste es sein, die Bürokratiekosten für die Wirtschaft schnell und spürbar zu senken“, befand Schirp.

Staatliches Handeln muss schneller und effizienter werden - das ist die Kernforderung der UVB-Mitgliedsverbände.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Die Herbstumfrage im Überblick

Stimmungslage im Herbst 2023

So schätzen die 60 UVB-Verbände die Lage und die kommenden Monate ein.

Download (354 KB)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:
+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF